

Spendenabsetzbarkeit erneut kein Thema im Ministerrat



Harte Kritik üben die Non-Profit-Organisationen an der Verschiebung der Spendenabsetzbarkeit, weil alle Parteien vor der Wahl einhellig sich dafür ausgesprochen hatten. Caritas-Präsident Küberl fordert, das Thema "nicht bis zum Sankt Nimmerleinstag zu verschieben."

Nachdem die geplante Spendenabsetzbarkeit für gemeinnützige Vereine am Mittwoch, 22. Oktober 2008, erneut nicht im Ministerrat behandelt worden ist, hagelt es Kritik der österreichischen Non-Profit-Organisationen. **Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz, Ärzte ohne Grenzen, WWF** und **Volkshilfe** erinnern daran, dass sich die Obleute aller Parteien vor der Nationalratswahl einhellig für die Änderung des Einkommenssteuergesetzes zur Einführung der Spendenabsetzbarkeit ausgesprochen haben.

"Die Banken werden gerettet, die Bürger und die Umwelt sollen die Folgen der Teuerung und der Finanzkrise ausbaden. Das ist das traurige Ergebnis der Sitzung des Ministerrats", kritisierten die österreichischen Sozial- und Umwelt-Organisationen in einer gemeinsamen Erklärung.

Einführung verschleppt

"Es kann nicht angehen, dass die bereits mehrmals versprochene Möglichkeit zur Absetzung von Spenden bis zum Sankt Nimmerleinstag verschoben wird", sagte Caritas-Präsident Franz Küberl. Man hoffe nun auf ein eindeutiges Bekenntnis aller Parteien zur Spendenabsetzbarkeit in der ersten Sitzung des neu gewählten Nationalrats am 28. Oktober.

Die Nichtregierungsorganisationen drängen seit längerem auf eine Gesetzesänderung. Bereits seit dem Jahr 2006 liegt ein von Ministerien und Hilfsorganisationen gemeinsam ausgearbeiteter Gesetzesentwurf vor, der die Absetzbarkeit von Spenden für Privatpersonen und Unternehmen vorsieht. Die NGOs kritisieren, dass die Einführung verschleppt und damit die Spendenbereitschaft der österreichischen Bevölkerung nicht anerkannt wird.



"Die Bürger müssen die Folgen der Finanzkrise ausbaden", so Küberl.

Spendenzuwachs von elf Millionen Euro

Die Kosten der Einführung der Spendenabsetzbarkeit werden auf rund 30 bis 40 Millionen Euro geschätzt. Eine Untersuchung des "Instituts für Höhere Studien" erwartet durch die Maßnahme eine Steigerung der privaten Spenden von mindestens 2,5 Prozent. Unternehmensspenden sollen sogar um 8,5 Prozent pro Jahr steigen. Nach Angaben der Hilfsorganisationen würde das einen jährlichen Spendenzuwachs von mindestens elf Millionen Euro bewirken.

Bedrängnis durch Wirtschaftskrise

Wegen der hohen Teuerungsraten bei Energie und Lebensmitteln, der Angst der Menschen vor einer Rezession und der Krise an den Finanzmärkten sind die Spendeneinnahmen der Non-Profit-Organisationen in diesem Jahr stark zurückgegangen. Manche Vereine verzeichneten ein Minus von bis zu zehn Prozent. Gleichzeitig steigt aber bei sozialen Hilfsorganisationen wie der Caritas oder der Diakonie die Zahl der Menschen an, die um Unterstützung bitten.

Weitere Artikel:

[Finanzkrise nicht auf dem Rücken der Ärmsten austragen](#)

[Wirtschaft muss Menschen wieder in den Mittelpunkt stellen](#)

KABÖ fordert sofortige Regulierung der Finanzmärkte

(ks/KAP)

Drucken

Fenster schließen